



Informelles Treffen der Justizministerinnen und Justizminister 6. Juli 2020 (virtuelles Format)

Unter dem Präsidenschaftsmotto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ werden sich die Justizministerinnen und Justizminister der 27 EU-Mitgliedstaaten mit folgenden Herausforderungen der COVID19-Pandemie befassen:

Demokratie stärken in Zeiten von COVID-19 – Desinformation und Hassrede entgegentreten

Auch im Internet zeitigt die Pandemie erhebliche Auswirkungen sowohl in Form von Desinformation als auch für die Debattenkultur:

Die Ministerinnen und Minister werden sich über mögliche Maßnahmen gegen Online-Hassrede auf nationaler Ebene wie auch gemeinsam im Bereich der Zuständigkeit der EU austauschen. Zudem werden sie darüber beraten, welche Erfahrungen die Mitgliedstaaten mit Online-Desinformation gemacht haben und mit welchen Instrumenten Mitgliedstaaten und EU hierauf reagieren sollten.

Umgang mit „Corona“ in freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratien

Die Achtung von Freiheits-, Grund- und Bürgerrechten sowie die Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Justiz sind für einen Rechtsstaat elementar. Das gilt erst recht in Krisenzeiten. Aufgrund der Covid-19/SARS-CoV 2 Pandemie haben die EU-Mitgliedstaaten weitreichende, einschränkende Maßnahmen getroffen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Insbesondere kam es zu großen Einschränkungen der Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger durch staatliche Maßnahmen.

Vorgesehen ist daher ein Austausch über den Umgang mit der Einschränkung der Rechte, über die Reaktion der Politik auf Kritik, auf neue Erkenntnisse im Verlauf der Pandemie sowie auf Entscheidungen der Justiz zu den getroffenen Beschränkungen. Zudem werden die Ministerinnen und Minister dazu beraten, wie die Krisenresilienz des Rechtsstaats gestärkt werden kann und welche Erkenntnisse für die Zukunft zur Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze und der Verhältnismäßigkeit von Einschränkungen gewonnen werden konnten.